

No. 7
ber
alle
bringen
folgen-
es Ge-
t. Auf
sieder
Der
stoolen
Holl,
Binci.
rillo.
Hilfe
berbild
in d. e.
m p. l.
5 Cents
il der
Magroß,
5 Cents
er besten
ent für
neder
\$ 1.00
iten, der
ortofrei
wattier-
schmitt.
\$ 1.00
ntlich, auf
ntifizier
\$ 1.10.
das vor
en Wert
rthorten
t extra
Innen-
Knapp
lassenbes
lassen
pracht-
eines
schlichen
\$ 3.50.
ische s
es der
keinem
Holl.
d (12
gen der
Eigen-
auf ein
ng von
isties
ivals.
Auf
Seiten.
be man
s be-
ie uns
einen
ag ein-
goblen.
anges
muß
stenden
ndt.
SK.

St. Peters Bote,
die älteste deutsche katholische Zeitung
Canadas, erscheint jeden Donnerstag in
Münster, Sask., und folgt bei Aus-
landsendung:
In Canada, per Jahrgang \$2.00
In den Staaten u. Ausland, \$2.50
Einzelne Nummern 10 Cents.
Anmeldungen werden berechnet zu
1.00 Dollar pro Zoll einseitig für die
erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für
nachfolgende Einrückungen.
Zusatzkosten werden zu 20 Cents pro
Zeile wöchentlich berechnet.
Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00
pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00
pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei
großen Aufträgen gewährt.
Jede nach Ansicht der Herausgeber
für eine erstklassige katholische Familien-
zeitung unpassende Anzeige wird unbeding-
t zurückgewiesen.
Man adressiere alle Briefe u. s. w. an
ST. PETERS BOTE,
Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird in Empfehlung des hochw. H. + Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. H. + Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.
18 Jahrgang, No. 8. Münster, Sask., Donnerstag den 7. April 1921. Fortlaufende No. 892.

St. Peters Bote,
the oldest Catholic newspaper in
Saskatchewan, is published every
Thursday at Muenster, Sask. It is
an excellent advertising medium.
SUBSCRIPTIONS:
\$2.00 per year, payable in advance,
\$2.50 to the United States and abroad
Single numbers 10 cents.
ADVERTISING RATES:
Transient advertising \$1.00 per inch
for first insertion, 40 cents per inch
for subsequent insertions. Reading
Notices 20 cents per cent line.
Display advertising \$2.00 per inch
for 4 insertions, \$20.00 per inch for
one year. Discount given on large
contracts. Legal Notices 12 cts. per
agate line first insertion, 8 cts. later.
No advertisement admitted at any
price, which the publishers consider
unsuited to a Catholic family paper.
Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
Muenster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Berlin. Infolge des Aufstehens der Kommunisten sah sich der deutsche Reichspräsident Ebert veranlagt, am 24. März das Kriegsrecht über Sachsen zu verhängen. Die ausführende Gewalt beseligen ruht in Händen von Zivilisten anstatt der Soldaten. Präsident Ebert führt die Verhandlungen mit den Kommunisten. Letztere wurde zu Versuchen gegeben, daß ihnen keine Zugeständnisse eingeräumt werden könnten.
Die Regierung ist jetzt durch die Gefangennahme von 2000 Koten vor eine andere heikle Frage gestellt worden. Sie weiß nicht, was sie mit diesen Gefangenen tun soll. Menschlichkeits- und Parteirücksichten lassen Hinrichtungen nicht in Frage kommen. Auf der anderen Seite sind die Gefangnisse und Zuchthäuser überfüllt, sodaß kein Raum für neue Zufälle vorhanden ist. Präsident Ebert hat eine Anzahl Gesuche eingeleitet, vor denen die in Besitz von Waffen befindlichen Koten und jene, die im Verdacht stehen, geplündert und Dynamitentente verübt zu haben, prozessiert werden sollen. Das Publikum fürchtet, daß, was für Strafen auch die Gerichte verhängen werden, die schwache Regierung schließlich tun werde, was sie immer getan hat, nämlich Amnestie gewähren. Bei der Erfüllung der Leuna Werke wurden 1000 Kote mit Waffen, Munition, Maschinengewehren und Panzerautomobilen gefangen. Bei Ammendorf wurden 30 Kommunisten in einem Kampfe mit der Polizei getötet. In Dresden wurden 96 Kommunisten, darunter 14 Frauen, bei einer geheimen Versammlung überrascht und verhaftet. Die Deutsche Tageszeitung veröffentlichte eine Depesche aus Geseleben, in der ein düsteres Bild von der Unsicherheit des Lebens und Eigentums in Mitteldeutschland infolge von zerstörten Banden bewaffneter Kommunisten, die raubend und plündernd Dörfer und Güter terrorisieren, entworfen wird.
London. In einer Berliner Funkdepesche wird gemeldet, daß laut Nachrichten, die in Berlin aus Kattowich eingetroffen, bereits bewaffnete polnische Banden, unter denen sich auch reguläre Truppen der Armee des Generals Haller befinden, über die Grenze nach Oberschlesien eingedrungen sind und dort eine polnische Republik proklamiert haben. Die in der Gegend ansässigen Deutschen flüchten sich vor den polnischen Eindringlingen.
Paris. Die neutralen Nationen haben sich gegen den Obersten Rat des Völkerbundes aufgelehnt. Es wurde bekannt, daß die Schweiz mit Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark Unterhandlung bezüglich Deutschlands angeknüpft hat. Der Plan ist, daß die Länder eine Gruppe zu dem Zwecke bilden, die wirtschaftlichen Maßnahmen der Alliierten gegen Deutschland zu ignorieren und das Recht des freien Handelsverkehrs mit Deutschland ohne Rücksichtnahme auf die alliierten Nationen zu verfechten. Man erwartet, daß die Schweiz um so kräftiger auftreten wird, weil sie sich mit Frankreich wegen der Grenze des Genfer Gebiets in den Haaren liegt.

Dublin. In dem Kriege der Sinn Feiner gegen die britische Regierung in Irland sind seit dem Beginn dieses Jahres 475 Personen getötet und 352 verwundet worden, wie amtlich bekannt gemacht wurde. 301 der Getöteten und 170 der Verwundeten waren Zivilisten, die übrigen Soldaten und Polizisten.
Berlin. Der kommunistische Aufstand, welcher jetzt schon zwei Wochen andauert, ist immer noch nicht bewältigt. Scheut er in einer Stadt oder einem Gebiet niedergeschlagen, so bricht er anderswo aus. Es sind hauptsächlich mittel- und norddeutsche Städte, wo die Koten ihre Macht entfalten: Halle, Dessau, Magdeburg, Geseleben, Essen, Geseleben werden in den Depeschen genannt. Ein von dem bekannten Korrespondenten Karl von Wiegand kommender Bericht läßt durchblicken, daß man das Gefühl hat, als würde gegen die Revolutionäre, die doch von Gewehr und Bomben freien Gebrauch machen, von der Regierung allzu nachsichtig vorgegangen. Ist so unglücklich nicht, in Berlin bilden die Sozialdemokraten eine Macht und die Kommunisten sind ihre Genossen, die mehr oder weniger knallrote Färbung ändern nichts an der Tatsache. Schließlich sah man sich aber doch veranlagt, die Reichswehr aufzubieten. Ein zu Montabaur, im amerikanischen Besatzungsgebiet von den Koten in geheimer Furch wurde von den Amerikanern rasch niedergeworfen.
Frankreich und Polen haben sich zu einer gemeinsamen Verteidigungszusammenfassung verpflichtet, falls eine dieser Mächte jemals einem „unprovokierten Angriff“ ausgesetzt ist. Der Vertrag sieht in dessen nicht nur ein Defensivbündnis vor, sondern enthält zugleich Bestimmungen, mit denen sich die beiden Vertragspartner gegenseitige Hilfe im Wieder- aufbau ihres Wirtschaftslebens zusichern. Außerdem sind die beiden Regierungen, ausweislich anderer Vertragsklauseln, übereingekommen, in Fragen, die ihre innere Politik betreffen, in engem Einvernehmen vorzugehen, und eine jede der kontrahierenden Mächte verpflichtet sich, keine neuen Abmachungen hinsichtlich ihrer Politik auf dem europäischen Kontinent, wie in Osteuropa einzugehen, ohne zuvor die andere zu ziehen. Es wird in dem Bündnisvertrag festgelegt, daß die Einzelheiten der gegenseitigen Wirtschaftshilfe späteren Vereinbarungen vorbehalten bleiben sollen. Man erblickt in dieser französischen-polnischen Abmachung den engsten Bündnisvertrag, der seit Unterzeichnung des Waffenstillstands-Abkommens zwischen zwei Mächten abgeschlossen worden ist. Die Geschichte Frankreichs und Polens sind mit diesem Allianzvertrag auf lange Zeit mit einander verbunden, sowohl in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht. Nach den Bestimmungen dieses Vertrages würde die Polen die Unterstützung Frankreichs in seinen Ansprüchen auf Oberschlesien erwarten, und ferner würden die Franzosen verpflichtet sein, den Polen im Falle eines bolschewistischen Angriffs beizustehen. Schon seit Eintritt des Waffenstillstandes war es das Bestreben der französischen Diplomatie, zu einem Einvernehmen mit den kleineren Mächten von Mittel- und Osteuropa zu gelangen, um mit deren Hilfe einen trennenden Wall zwischen

Deutschland und Rußland aufzurichten. Man nimmt an, daß Frankreich in diesem Bemühen nicht nur Polen, sondern auch Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei und Rumänien genähert hat. Während aber in allen anderen Fällen bisher wohl nur ein stillschweigendes Einvernehmen hergestellt wurde, hat Frankreich es in seinen Beziehungen zu Polen, wie schon vorher in seinem Verhältnis zu Belgien, für ratsamer erachtet, an Stelle einer bloßen „Entente cordiale“ einen schriftlich niedergelegten Bündnisvertrag zu setzen.
Hamburg. An den Präsidenten Harding sandte der Bürgerbund für Hamburg Altona-Wandebel als Vertreter des bürgerlichen Interesses der größten Handelsstadt Deutschlands folgendes Telegramm: „Sechzig Millionen Deutsche haben im festen Vertrauen auf die Entloftung des von Amerika gegebenen Wortes die vierzehn Punkte Wilsons als Grundlage des Friedens geachtet. An dieses Wort erinnern wir. Deshalb erwarten wir von Ihnen, Herr Präsident, sofortiges, gerechtes Eintreten gegen die Vernichtung und Verflüchtung unseres Völkchen.“
Paris. In Paris verlautet, es sei ziemlich sicher, daß die Entente vor 1. Mai keine weiteren Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland treffen werde, zumal Großbritannien weniger als für sofortiges Vorgehen, wie die Franzosen es wünschen, zu haben sei. Es heißt, der britische Ministerpräsident Lloyd George sei der Ansicht, daß es gegen den Versailler Vertrag verstoßen würde, wenn vor 1. Mai irgendwelche Schritte gegen Deutschland getan würden, da erst dann die Frist, bis zu der jene zwanzig Milliarden bezahlt sein müssen abgelaufen ist. Auf der anderen Seite dringen die Franzosen darauf, daß man im schwebenden Besatzungsgebiet alle Steuern beschlagnahmte, außerdem auf alle vom Ruhrgebiet aus auf dem Wasser verladene Waren einen Ausfuhrzoll legen solle.
Manila, P. I. 15,000 Menschen sind am 1. April infolge eines Brandes obdachlos geworden. Das Feuer war das schlimmste seit zwanzig Jahren, 3000 Häuser im nördlichen Teil der Stadt, einem Eingeborenenviertel, dem sogenannten San Lazaro-Distrikt, wurden zerstört. Zwei Leichen fand man unter den Trümmern.
Tiroi. Ein Urenkel Andreas Hofers, der Gaswerks-Beamte Leopold Hofer, ist am 26. Februar gestorben. Er war der letzte männliche Nachkomme des Tiroler Freiheitskämpfers.
Paris. Die französische Regierung hat die Schweiz verständigt, daß sie auf der Aufhebung der freien wirtschaftlichen Zone unter dem Frieden von 1815, wie der neutralen militärischen Zone unter dem Frieden von Wien bestehen müsse. Wie verlautet, ist die Schweiz geneigt, in die Aufgabe der neutralen militärischen Zone, wie dieses unter den Bestimmungen des Versailler Friedens vorgesehen ist, zu willigen, doch widersteht sie sich mit aller Entschiedenheit der Aufgabe des Privatlegals, in den beiden kleinen französischen Gebietsstreifen nördlich und südlich von Genf zollfrei Handel treiben zu dürfen. Dieses Privileg wurde der Schweiz in dem Vertrag mit Frankreich vom Jahre 1881

ausdrücklich bestätigt. Die französische Regierung macht nunmehr geltend, es sei unlogisch und ungerecht, der Schweiz ohne die geringste Gegenleistung solche Zugeständnisse zu machen, und Frankreich sei unter den Bestimmungen des Friedens von Versailles vollauf berechtigt, diese Zugeständnisse, wie auch die neutrale militärische Zone für verfallen zu erklären. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit sind in aktives Stadium eingetreten und demnächst soll, wie erklärt wird, eine Gesetzesnovelle in der Deputiertenkammer eingebracht werden, unter welcher die französische Zollgrenze der Schweiz bis zur politischen Grenze vorgeschoben wird.
Bern. Die Schweizer Blätter ergeben sich in bitteren Ausdrücken über den Bericht der französischen Regierung, die neutrale Handelszone in dem Genferumgebenden französischen Gebiet aufzugeben. Von diesen Zeitungen wird geltend gemacht, der Vertrag, unter welchem diese freie Handelszone geschaffen worden, sei in voller Kraft und eine Aufgabe derselben käme einer Verletzung des Versailler Vertrags gleich.
München. Bayern wird seine Einwohnerversammlung nicht einwohnen. Die bolschewistische Erhebung in Mittel- und Norddeutschland mit dem sie begleitenden Plündern und Zerstören von Leben und Eigentum hat diese Frage für Bayern erledigt. Dies wurde in München, die der bayrischen Regierung nahe stehen, gesagt. Der kommunistische Revolutionsversuch hat die Bayerische Regierung sehr gestärkt. Wenn die Reichsregierung auf der Entloftung der bayerischen Einwohnerversammlung bestünde, so wäre eine Krise zwischen den zwei Regierungen unabwendbar. Ein hoher Beamter machte folgende Ausrufungen: „In Bayern ist während der jüngsten Erhebungen kein Tropfen Blut vergossen worden. Wir tun unsere Pflicht dem Staate und dem Volke gegenüber. In Bayern wurde nicht getötet und kein Eigentum zerstört, weil die Regierung entschlossen war, das Gesetz und Ordnung herrschen zu lassen, und weil die zerschlagene bayerische Einwohnerversammlung, die die Einwohnerwehr hinter der Regierung stand. Das Blut der Arbeiter, Polizisten und Bürger, die in Norddeutschland getötet wurden, kommt nach unserer Ansicht auf das Haupt des Ministers des Innern von Preußen, weil dieser keine energischen Vorkehrungsregeln getroffen hatte.“
London. Zum zweiten Male innerhalb 10 Monaten sieht sich England einem riesigen Streik der Kohlenarbeiter gegenüber. Der Streik begann um Mitternacht am 1. April, und man schätzte, daß nahe eine Million Bergleute dem Streiktrief folgen würden. Die Führer der Streikenden hatten alle Anstellungen in den Kohlengruben zum Wiederlegen der Arbeit aufgegeben, ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Gruben. An verschiedenen Stellen blieben jedoch die Ingenieure und Pumpenarbeiter an der Arbeit, um eine Ueberflutung der Gruben zu verhindern. Man glaubt, daß die Regierung Marine-Kriegsflotten heranziehen wird, um die Pumpwerke in Betrieb zu halten und einer Zerstörung der Gruben vorzubeugen. Eine königliche Proklamation, die sich auf eine Kollage

stützt, gemahnt der Regierung weitgehende Vollmachten. Der Streik wurde veranlaßt durch Lohnherabsetzungen der Grubenbesitzer, nachdem die Gruben vom Staate wieder der privaten Kontrolle unterstellt worden waren. Der Kohlenarbeiterverband stellte die Forderung, daß die Gruben weiterhin unter staatlicher Kontrolle verbleiben und die alten Löhne beibehalten werden sollten. Premier Lloyd George lehnte dies ab. Nationale Regelung der Kohlen und andere Maßregeln wurden bereits eingeführt.
Ein Appell an das christliche Weltgewissen
Dr. Joseph Oberle, Herausgeber der trefflichen Wochenchrift „Das Neue Reich“ in Wien, veröffentlichte unter dem Verlage „Invidia“ ein Buch unter dem Titel „Die Profandie“. Der Pater Friede vom Standpunkt der Kultur und Geschichte. Ein Appell an das christliche Weltgewissen.
Das Leitmotiv ergibt sich aus folgenden Abzügen des vierten Kapitels:
„Der Götterglaube und Blutkultus feiern Triumphe wie vielleicht niemals seit Christi Geburt. Wie Deutschland auf der Londoner Konferenz erklärte, nicht imstande zu sein, die ungeheuerlichen Kontrabandforderungen der Alliierten zu erfüllen, wird nunmehr mit Strafexpeditionen gegen Deutschland losgegangen. Die wirtschaftliche Auspeicherung und Verflüchtung, die politische Zerstückelung Deutschlands scheint Ziel der Alliierten zu sein. Begründet wird alles mit der Schuld Deutschlands am Weltkrieg. Das Vorgehen der Alliierten ist ein ungeheuerliches Verbrechen, weil die Behauptung der Alliierten am Weltkrieg, die Verlegung der eigenen ibertragene Schuld durch die Entente ungeheuerlicher Pharisäismus ist.
Die Kriegsverbrechen sind moralischer Natur und allen Völkern gemeinsam. Der Weltkrieg erwuchs einer Gemeinschuld, einer Weltschuld. Der Weltkrieg ist die natürliche Frucht konträrer, unchristlicher, moderner Kultur und Zivilisation in allen Ländern. Immer mehr Zündstoff häufte sich in Europa seit Jahrzehnten an, immer mehr Waffen wurden geschmiedet, immer mehr Schuld — Schuld der Kriegseiferer und des Materialismus, des völkischen Machtjüngers, des nationalen Chauvinismus, des Kapitalismus — schrie nach Sühne. So mußte der Krieg kommen. Die Kriegsverbrechen sind allgemein; unendlich pharisaisch sind die Völker, die sich davon ausnehmen wollten; Klageklagen, würdelose Selbstpfeiler, Heimatkämpfer aber sind jene, die nur bei der Heimat Schuld sehen wollen.
Tatsächlich gibt es kein Volk, in dem nicht tiefere Denker die Gemeinamkeit, die Allgemeinheit der tieferen, moralischen Kriegsschuld und bekennen wurden. Wenn aber die tiefere, moralische Kriegsschuld eine allgemeine ist, warum sollen dann nur die zufällig Unterlegenen büßen, büßen bis zum vollen Untergang, während die anderen pharisaisch sich den natürlichen Folgen ihrer Schuld entziehen? Besteht das Gesetz der Buße und Sühne nur für Besiegte, nicht auch für Sieger?“

Der ehemalige Kaiser von Oesterreich laucht plötzlich in Ungarn auf.

Vom einer Depesche aus Wien kam der ehemalige Kaiser Karl am Samstag den 26. März mit einem ausländischen Pass, der ihn als einen Beamten des roten Kreuzes bezeichnete, über die Grenze zwischen Ungarn und Oesterreich. In West-Ungarn übernahm Karl unter Erlaubnis einer Militärkommission die volle Macht. Bauern kamen Meilen weit, um den früheren Herrscher zu ehren. Androshy erschien auf einem Balkon und sprach zu der erregten Menge im Interesse des früheren Herrschers.
Seine militärischen Anhänger holten ihm ihre Truppen zum Marsch auf Budapest zur Verfügung gestellt haben. Karl lehnte aber ab und sagte, er wüßte Blutvergießen zu vermeiden.
Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawen verlangten von der ungarischen Regierung, daß sie Kaiser Karl unverzüglich zum Verlassen Ungarns gezwungen werde, und drohten mit Krieg, wenn er wieder auf den Thron gesetzt werde. Die Verwandten der drei Verbündeten luden gemeinsam den ungarischen Regenten Admiral Horthy auf, um ihm im Auftrag ihrer Regierung die Mittelung zu machen.
Wie aus guter Quelle verlautet, war der ehemalige Kaiser Karl mit der Absicht in Budapest, vom ungarischen Thron Besitz zu ergreifen, konnte aber die ungarische Regierung nicht für seinen Plan gewinnen. Der frühere Herrscher kam mit zwei Freunden nach Budapest. Er trat um ein Uhr Nachmittags im Schloß ein und forderte den Regenten Admiral Horthy zur Uebergabe der Regierung auf. Der Kaiser lehnte jedoch ab und veranlagte den ehemaligen Monarchen zu dem Verprechen, nach der Schweiz zurückzukehren.
Karl hält sich noch immer für den König von Ungarn und lagte vor seiner Abreise nach der Schweiz, er werde vielleicht einen nachmaligen Versuch zur Wiedererlangung des Thrones machen. Eine Depesche aus Zemanmanger bringt die Kunde, kurz vor der Abreise von dort schrieb Karl einen Brief, worin er die Ansicht ausdrückt, daß die Interessen seines Landes seine Abreise erfordern, er sich aber noch immer als rechtmäßigen Herrscher anseht. Karl soll sich das Recht auf weitere Wiederherbeziehung des Thrones gewahrt haben; er ernannte Horthy während der „Zwischenperiode“ zu seinem ersten Ministern. Der ehemalige Herrscher wollte eine Proklamation an das ungarische Volk erlassen, wurde aber von den Behörden verhindert.
Die Aussichten, das Kaiser Karls Interesse sich zu einem großen historischen Ereignis gestalten möge, sind in Nichts zusammengefallen. Seine Rückkehr nach der Schweiz unter Alliiertengelen ist das Ende seines Abenteuers. Der Umschwung der Lage ist dem energischen Vorgehen der Staaten der kleinen Entente und dem Proteste der Alliierten zuzuschreiben. Ungarn war gezwungen, Karl fallen zu lassen, weil das Land einer großen Gefahr ausgesetzt war.
Karl trat seine Rückreise nach der Schweiz am Dienstag den 5. April an.